

DEUTSCHLAND, WIE GEHT'S? (II) Demokratien lassen sich daran messen, ob sie ihren Bürgern Lebenschancen einräumen. Knapp zwei Drittel aller Deutschen glauben, dass die sozialen Verhältnisse dabei sind zu erstarren – wer oben ist, dessen Kinder haben beste Chancen, ihren Status zu bewahren; wer unten ist, dem

bleibt der Aufstieg, anders als in den Anfängen der Republik, eher verwehrt. Was tun? Die SPD propagiert im Wahlkampf eine Steuer für Gutverdiener. In Nordrhein-Westfalen versteht sich Hannelore Kraft als Kümmerin, die sich der Nöte der Bedrängten annimmt. Aber lassen sich so die wachsenden Gegensätze verringern?



Wahlplakate in Berlin

STEFAN BONESS / IPON

Der neue Ständestaat

Die Parteien versprechen „soziale Gerechtigkeit“ und buhlen damit um die Wählergunst. Für viele ist es eine Verteilungsfrage, doch in Wahrheit geht es um Chancen. Wer von unten startet, hat in Deutschland kaum Aussicht, je nach oben zu kommen.



Wer weiß schon, ob er jemals zurückkehren wird in diesen Büropalast. Wer weiß schon, ob er noch einmal eine solche Halle betreten darf, in der die Mitarbeiter ihren Espresso auf Designerliegen schlürfen und durch ein Glasdach in den Himmel blicken.

Can, 20 Jahre alt und Sohn türkischer Einwanderer, weiß es nicht. Und so zückt er sein Smartphone und schießt ein paar Erinnerungsfotos. Von der glänzenden Kaffeemaschine. Den Pflanzen in den Betonbassins. Und vom Paternoster, der in ewiger Kette Männer im dunklen Anzug und Damen im schmalen Rock unter das Sonnendach befördert.

So weit oben ist Can nur Gast. Mit dem Karohemd und dem großen Kopfhörer, der um seinen Nacken baumelt, bleibt er in der Münchner Dependance der Boston

Consulting Group sichtbar fremd. Er ist hier, weil einer der Unternehmensberater sein persönlicher Coach ist. Die Arbeitsagentur hat sie zusammengebracht. Nun arbeiten sie gemeinsam an einem Projekt: Cans Zukunft.

Bislang sah die ziemlich düster aus. Can hat das, was Betreuer vom Amt „schwierige Startbedingungen“ nennen. Er wuchs in einer Gegend auf, in der es sehr viele Hochhäuser und sehr wenige Musikschulen gibt. Er hat die fünfte Klasse wiederholt, die siebte und die zehnte. Er verließ die Schule mit einer Fünf in Mathe und einer Fünf in Deutsch. Bewerbungen hat er gar nicht erst abgeschickt.

Nun soll ihm ein Berater helfen, ein Mann „aus einer anderen Welt“, wie Can sagt, aus einem Leben, in dem man den Dokortitel auf Visitenkarten druckt und seine Kinder zum Austauschjahr nach

Übersee schickt. Von montags bis donnerstags kümmert sich der Boston-Consulting-Mann Fabian Barthel darum, Straßen und Staudämme in Afrika zu planen. Freitagnachmittags hilft er Can dabei, eine Lehrstelle zu finden – unentgeltlich, als eine Art persönlicher Entwicklungshelfer. „Cans Startbedingungen waren definitiv schlechter als meine. Aber es kann doch nicht sein, dass uns das ein Leben lang prägt“, sagt Barthel. Seine Vorstellung von Gerechtigkeit sei jedenfalls eine andere.

Was die Parteien unter Gerechtigkeit verstehen, können Can und Barthel auf den Plakaten und Flyern lesen, die jetzt überall im Land verteilt werden. Unionspolitiker preisen Betreuungsgeld für Eltern an, die ihre Kinder zu Hause erziehen. Die SPD verspricht stabilere Renten. Es soll alles gut bleiben – für die, für die

schon beinahe alles gut ist. Nur für Can wird das wenig ändern.

Die Parteien haben die soziale Gerechtigkeit als Wahlkampfschlager entdeckt. Das G-Wort zieht sich wie ein roter Faden durch viele Programme. Rund 60-mal verheißen die Grünen Gerechtigkeit, auf fast 40 Nennungen kommt die SPD – knapp gefolgt von der Linkspartei. Die SPD will die „Fliehkräfte in der Gesellschaft“ (Kanzlerkandidat Peer Steinbrück) eindämmen, indem sie die Steuern für Gutverdiener erhöht. Die Grünen wollen die Reichen mit einer Vermögensabgabe zur Kasse bitten. Ihre Wähler seien für „eine gerechte Verteilung der Steuern“, sagt Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt. Auch wenn sie dafür zahlen müssten.

Die Union knüpft das Versprechen sozialer Gerechtigkeit nicht an höhere Steuern, aber an staatliche Wohltaten. Die Rente für ältere Mütter will sie erhöhen und kleine Senioreninkommen zu einer Lebensleistungsrente aufstocken. Das Betreuungsgeld soll schon im nächsten Jahr steigen. „Jede Familie ist anders. Und uns besonders wichtig“, hat die Union auf ihre Wahlplakate gedruckt. Sie hätte auch schreiben können: Es wird Geld geben.

„Soziale Gerechtigkeit ist ein schillernder Begriff, unter dem jeder etwas anderes versteht. Gerade das macht ihn im Wahlkampf so attraktiv für die Parteien“, sagt Michael Sommer, der die Deutschen regelmäßig befragt, was sie vom Ausgleich in der Gesellschaft halten. Im Wahljahr hat der Projektleiter beim Institut für Demoskopie Allensbach eine große Studie vorgelegt. Die Parteistrategen hätten sie vielleicht mal lesen sollen.

Knapp zwei Drittel der Deutschen glauben, dass die sozialen Verhältnisse in der vergangenen Legislaturperiode ungerechter geworden sind. Doch zugleich hat der Anteil der Bundesbürger, die das Steuersystem für unfair halten, stark abgenommen. Nur 21 Prozent der Befragten halten die Verteilung der Einkommen für das wichtigste Problem. Mit 57 Prozent glaubt die Mehrheit, dass Gerechtigkeit vor allem die Ausgewogenheit von Chancen bedeute – und damit etwas völlig anderes.

Die Umfragen decken sich mit den Befunden der Wissenschaft. Seit den achtziger Jahren geht die Schere zwischen Arm und Reich beständig auseinander. Doch seit etwa 2005 schließt sie sich bei den Einkommen wieder ein we-

nig, weil der Arbeitsmarkt brummt, konstatiert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

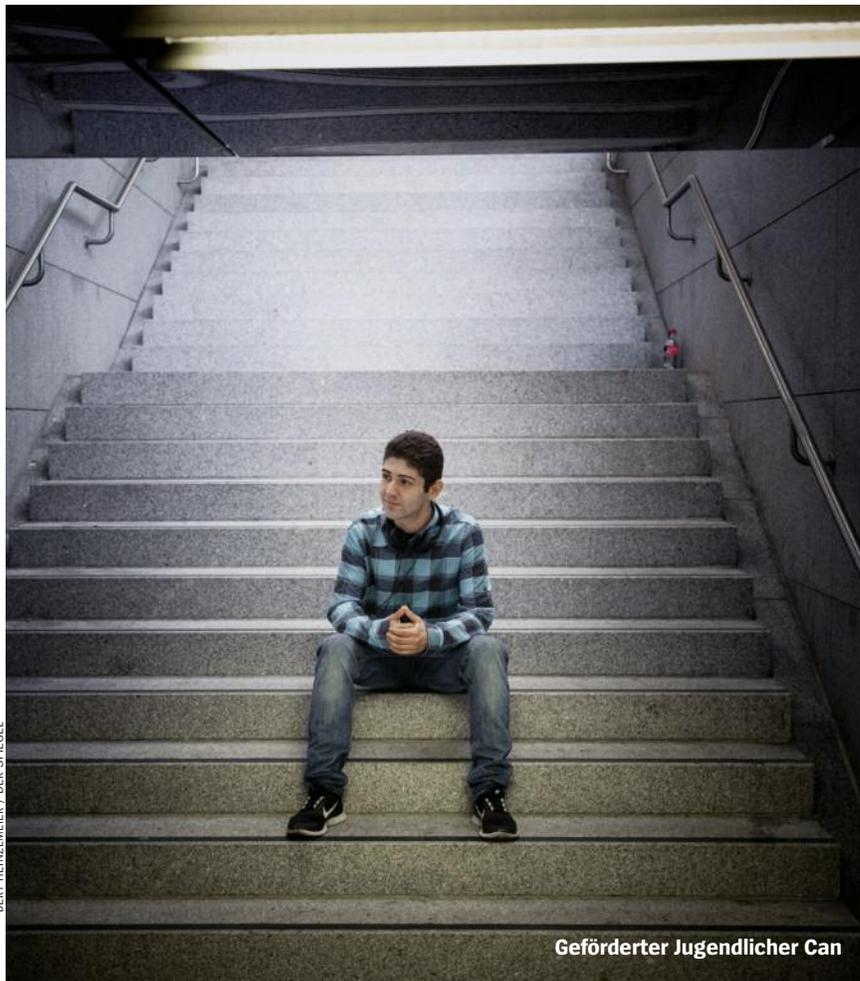
Gewachsen sind dagegen die Barrieren zwischen den Schichten. In der Zeitspanne zwischen 1996 und 1999 schafften es in Westdeutschland fast 70 Prozent der Menschen, sich aus der untersten Einkommensschicht nach oben zu arbeiten. Zwischen 2006 und 2009 konnten sich aber nur noch 52 Prozent verbessern. In Ostdeutschland sind es sogar nur 45 Prozent. Von „Verharrungstendenzen“ spricht DIW-Forscher Markus Grabka. „Die Aufstiegsbewegung vom unteren Rand der Gesellschaft in die Mitte ist erlahmt.“

Wenn es um soziale Dynamik geht, ist Deutschland nur Mittelmaß. In einem internationalen Vergleich von 28 Industrienationen sortierte das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft Köln die Bundesrepublik jüngst in Sachen Chancengerechtigkeit nur auf dem 14. Platz ein – hinter Rumänien und Slowenien.

Dass es hierzulande so schwierig geworden ist, von unten nach oben zu kommen, untergräbt auch das Vertrauen in die Wirtschaftsordnung, wie vor knapp zwei Jahren der Sachverständigenrat mahnte. Nur dann, wenn es eine hohe Durchlässigkeit gebe, würden sich die Menschen aus der unteren Einkommensklasse „ausreichend motiviert fühlen, in ihre Qualifizierung und damit in ihren gesellschaftlichen Aufstieg zu investieren“, schrieben die fünf Wirtschaftsweisen. Und nur dann, wenn jeder glaubt, dass er es einmal selbst nach oben schaffen kann, wird er akzeptieren, dass es Menschen gibt, die mehr verdienen.

Doch in Deutschland droht der Glaube an ein besseres Leben verlorenzugehen. Der Darmstädter Soziologe Michael Hartmann erforscht, wer es hierzulande nach oben schafft. Die ernüchternde Erkenntnis lautet: Die da oben waren immer schon da. Und die da unten werden nach ganz oben nur sehr selten kommen. „Die Gesellschaft ist gespalten“, konstatiert Hartmann. „Hier glauben viele Menschen inzwischen, dass es ihren Kinder nicht bessergehen wird als ihnen selbst, sondern eher schlechter.“

Dabei zählte die Überzeugung, dass jeder es schaffen kann, wenn er sich nur anstrengt, zu den Gründungsmythen der alten Bundesrepublik. 1957, in den Jahren des Wirtschaftswunders, erfand der erste westdeutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die Erfolgslosung vom „Wohlstand für alle“. Gut ein Jahrzehnt später ergänzte Bundeskanzler Willy Brandt Erhards materielle Verheißung um das Versprechen von sozialem Aufstieg: Mit Bildung für alle wollte die sozial-liberale



BERT HEINZLMEIER / DER SPIEGEL

Koalition eine weitgehend schrankenlose Gesellschaft schaffen, in der nicht das Schicksal der Geburt über die Zukunft eines Menschen entscheidet. Aus Arbeiterkindern sollten endlich auch Akademiker werden können.

Eine Zeitlang funktionierte das sogar. Doch inzwischen wird der Aufstieg in die oberen Gesellschaftsetagen durch eine doppelte Barriere gebremst. Zum einen sorgt der gespaltene Arbeitsmarkt dafür, dass ganze Erwerbstätigen-Gruppen von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt werden. Zum anderen versagt das Bildungssystem bei der Aufgabe, gleiche Startchancen für alle zu schaffen.

Das Problem beginnt mit der Geburt. „In Deutschland hängen die Bildungschancen der Kinder stark von der materiellen Lage ihrer Eltern ab“, sagt Soziologe Hartmann. Wenn der Nachwuchs dann auch noch aus einer Migrantenfamilie stammt, in der kaum Deutsch gesprochen wird, ist der Kreislauf programmiert: kein Deutsch, kein Schulabschluss. Kein Schulabschluss, kein Job.

In der katholischen Kita St. Raphael im rheinland-pfälzischen Weisenthurm tummeln sich 115 Kinder. Kein einziges kommt aus einem Akademikerhaushalt, vier von fünf haben ausländische Wurzeln. Auf einer Weltkarte an der Wand können sie zeigen, wo ihre Eltern geboren wurden: in Syrien oder Russland, in Polen oder Marokko.

Kita-Leiterin Martina Huckriede hat viel unternommen, um die Defizite ihrer Schützlinge auszugleichen. Sie hat das Personal aufgestockt und vier „interkulturelle Fachkräfte“ eingestellt. Sie hat sogar ein Qualitätshandbuch zur Sprachförderung verfasst. Seither hat sich vieles gebessert, und doch erlebt Huckriede immer wieder, was sie „eine typische Karriere“ nennt: Migrationshintergrund, Sprachprobleme, Schulabbruch. „Ich freue mich über jedes Kind, das später einmal auf das Gymnasium geht oder eine tolle Handwerksausbildung macht.“

Eigentlich sollten die Fähigkeiten und Talente eines Kindes über sein Schicksal entscheiden. Stattdessen sortiert das deutsche Bildungssystem nach sozialer Herkunft. Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien erreichen 79 die gymnasiale Oberstufe, aus Nicht-Akademiker-Haushalten schaffen es nur 43.

Im Juni urteilte die Bertelmann-Stiftung über die Chancengleichheit im Bildungssystem, trotz leichter Fortschritte habe „auch weiterhin die soziale Herkunft großen Einfluss auf den Bildungs-

erfolg“. Es ist der Ständestaat im modernen Gewand.

Die Bildungspolitik ist ein nationales Notstandsgebiet. Statt Problemgruppen gezielt zu fördern, verzetteln sich die klammen Länder in einem sinnlosen Wettbewerb: vier Jahre Grundschule in Bayern, sechs Jahre in Berlin. Die einen schaffen die Hauptschule ab, die anderen halten an ihr fest. Mal Abitur in 13 Jahren, mal in 12 – oder man überlässt die Entscheidung einfach den Schulen selbst.

„VIELE MENSCHEN GLAUBEN INZWISCHEN, DASS ES IHREN KINDERN NICHT BESSERGEHEN WIRD ALS IHNEN SELBST.“

Und noch immer verlassen jedes Jahr rund 50 000 junge Menschen ohne Hauptschulabschluss die Schulen.

Wenn sie Glück haben, finden sie sogar einen Job. Der Weg in die oberen Ränge der Einkommenspyramide aber bleibt ihnen oft versperrt, weil die Arbeitswelt den sozialen Graben im Land weiter vertieft. Wer gut ausgebildet und flexibel ist, findet beste Job- und Karrierechancen. Viele Geringqualifizierte dagegen müssen sich mit einem Platz im wachsenden Niedriglohnsektor der Republik begnügen, in

dem beruflicher und materieller Aufstieg vielfach nicht mehr vorgesehen sind. Dabei haben die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Koalition geholfen, Armut in Deutschland zu verringern. Denn die entscheidende Bedingung, um am wachsenden Wohlstand teilzuhaben, ist Arbeit.

Bis 2005 war die Arbeitslosigkeit in Deutschland stets gestiegen, jeder Abschwung hinterließ einen höheren Sockel an Chancenlosen. Dann hat sich der Trend umgekehrt, selbst die Zahl der Langzeitarbeitslosen schrumpft. Doch der Erfolg hat seinen Preis. Das Normalarbeitsverhältnis mit unbefristetem und sicherem Vertrag wurde ergänzt mit dem unerbittlichen Prinzip der Hartz-Reform: Schlechtbezahlte Arbeit ist besser als keine Arbeit.

Seither wächst die Zahl niedrig entlohnter Jobs: Teilzeitstellen, Leiharbeit und Minijobs. Das senkte die Arbeitslosigkeit. Aber die neuen flexiblen Jobs bildeten weniger Brücken in traditionelle Arbeitsverhältnisse als erhofft. Noch heute liegt die Arbeitslosenquote Geringqualifizierter bei fast 20 Prozent. Dazu müssen die Betroffenen Unsicherheit und Härten ertragen.

Oliver Schneider ist 32 Jahre alt. Er hat die Fachhochschulreife erlangt und eine Lehre als Kfz-Elektriker bei Daimler in



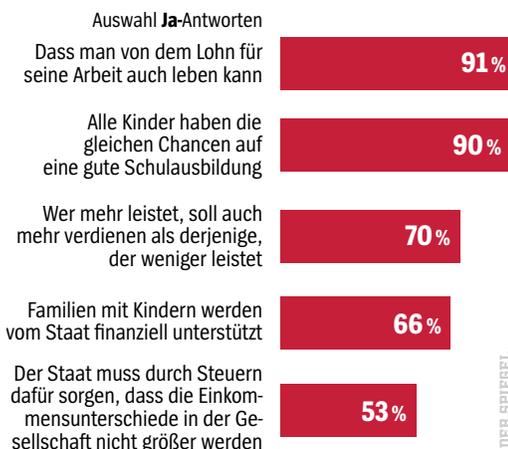
THEODOR BARTH / DER SPIEGEL

Kinder in der Kita St. Raphael in Weisenthurm



Wunsch und Wirklichkeit

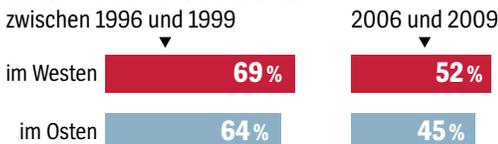
„Was ist soziale Gerechtigkeit?“
IfD-Allensbach-Umfrage 2013



Anteil der Schulanfänger, die ein Studium beginnen



Einen Aufstieg aus der untersten Einkommensklasse in eine höhere schaffen



Quellen: Statistisches Bundesamt, DSW/HIS 2012; Sachverständigenrat 2011

Sindelfingen gemacht. Später wechselte er zu einer Peugeot-Werkstatt. Als nach zwei Jahren einer der Beschäftigten gehen musste, traf es Schneider. „Ich war der Jüngste und hatte keine Familie“, sagt er.

Ende 2003 schickte ihn die Arbeitsagentur zu einer Zeitarbeitsfirma. In den vergangenen zehn Jahren ist Schneider davon nicht mehr losgekommen. Wenn ihn eine Zeitarbeitsfirma entließ, schickten ihn die Vermittler gleich wieder in die Leiharbeit; manchmal zum selben Unternehmen, das ihn gerade eben entlassen hatte.

„Mittlerweile habe ich mindestens 30 verschiedene Jobs in 45 Firmen gemacht“, sagt Schneider. Er arbeitete während einer Rückholaktion wieder beim Daimler auf Zeit. Er war Möbelpacker und Bauhelfer, er saß im Büro und stand an Maschinen in der Industrie. Mal war er für Tage, mal für Jahre an ein Unternehmen ausgeliehen. Vom „Klebeffekt“ der Zeitarbeit hat er nichts gespürt. „Wenn ich länger in einem Betrieb war, habe ich reingekloppt, um übernommen zu werden“, sagt Schneider. Geklappt hat es nie.

Schneider bekommt um die 1050 Euro netto im Monat. Der Kfz-Elektriker hofft noch immer auf einen regulären Job, seine Chancen hält er für gering. Fragt man nach seiner Perspektive, fällt ihm nur ein Wort ein: „Beschissen.“

Deutschland nähert sich einer Dreiklassen-Gesellschaft: An der Spitze stehen Manager mit Millionengehältern, Freiberufler mit gutgehenden Kanzleien oder Büros, erfolgreiche Selbständige. Es folgt die Masse gutausgebildeter Angestellter und Facharbeiter mit hohen und durchschnittlichen Löhnen. Das untere Drittel der Geringqualifizierten und Ausgesteuerten aber hat kaum Aussicht auf Aufstieg.

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten profitierten auch die mit wenig Lohn vom wachsenden Wohlstand. Heute sind selbst Menschen, die früher zum Kernbestand der Arbeitnehmerschaft zählten – Verkäufer, Erzieherinnen oder Köche –, von der Einkommensentwicklung abgekoppelt.

„Insbesondere ab Mitte der neunziger Jahre öffnete sich die Einkommensschere zwischen Gering- und Hochqualifizierten“, sagt Ulrich Walwei, Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Nach Berechnungen des Instituts fielen die Reallöhne der Geringqualifizierten in den vergangenen zwei Jahrzehnten auf den Stand von 1984, während die der Hochqualifizierten kräftig stiegen – trotz Krisen und Lohnzurückhaltung.

Wer viel hat, bekommt immer mehr. Wer nicht mal Bildung besitzt, bleibt Verlierer. Es ist ein Teufelskreis, der die so-

ziale Schichtung im Land weit stärker prägt als jede Steuer- oder Gesundheitsreform.

Für die Politiker ist das eine bittere Nachricht. Wollen sie Deutschland wirklich gerechter machen, so lautet die Botschaft, müssten sie für mehr Aufstiegsmöglichkeiten sorgen, vor allem im Bildungswesen und am Arbeitsmarkt.

Doch die Pläne von Sozialdemokraten und Grünen, mehr Geld bei den Reichen einzusammeln und in die Bildung zu stecken, sind nur bedingt hilfreich. So zeigt eine neue DIW-Studie, dass die Steuerpläne viel weniger Geld einbringen werden als gedacht. Außerdem haben die Parteien noch weitere kostspielige Versprechen im Angebot.

Vor allem aber lässt sich das Problem nicht allein mit Geld lösen. Mehr Krippenplätze und Erzieher bringen wenig, wenn Familien ihre Kinder gar nicht erst in die Kita schicken. Und den Arbeitsmarkt auf Aufstieg zu programmieren verlangt ein Umdenken bei allen Beteiligten. Nötig wären Unternehmer, die mehr in Weiterbildung investieren, Arbeitsvermittler, die stärker auch geringqualifizierte Beschäftigte betreuen, und Politiker, die Schluss machen mit der Privilegierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie zum Beispiel Minijobs. „Wir müssen die Forderung nach lebenslangem Lernen endlich ernst nehmen“, sagt IAB-Vizedirektor Walwei.

Doch mit solch langwierigen Umbauprogrammen lassen sich kaum kurzfristige politische Erfolge erzielen. Und so greifen Bürger, die etwas gegen die größten Gerechtigkeitsdefizite im Land unternehmen wollen, zur Selbsthilfe.

Berater Fabian Barthel hatte irgendwann genug davon, nur zuzusehen, wie das System Bildungsverlierer in Serie produziert. Deshalb trat er der Initiative „Joblinge“ bei, einem Sozialprojekt der Boston Consulting Group und der Eberhard von Kuenheim Stiftung. Barthel will nicht, dass „die Frage, ob man in einem akademischen Umfeld oder in einem sozialen Brennpunkt groß geworden ist, den Lebensweg bestimmt“. Deshalb hat er mit Can über Wochen trainiert, wie man Bewerbungen schreibt und im Vorstellungsgespräch antwortet.

Inzwischen gibt es Erfolge. Neulich hat Can ein Praktikum bei einer Versicherung gemacht. Im September tritt er eine Lehrstelle an. Und Can hat noch mehr Ziele. „Mein Traum ist, dass ich mir irgendwann eine eigene Wohnung in einer guten Gegend leisten kann“, sagt er. Schwabing zum Beispiel gefällt ihm gut.

In München ist das ganz weit oben.

MARKUS DETTMER, CORNELIA SCHMERGAL